



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Demokratie braucht Jugend III Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Beteiligung junger Menschen auf allen politischen Ebenen zu stärken und ein aktives Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren einzuführen. Die hierfür notwendigen Änderungen im Landeswahlgesetz, im Landkreis- und Gemeindewahlgesetz sowie im Bezirkswahlgesetz werden noch in dieser Legislaturperiode vorgenommen.

Außerdem wird Jugendlichen ab 16 Jahren die Möglichkeit zur Teilnahme an Volks- und Bürgerentscheiden eingeräumt. Bei Einwohner- und Bürgerversammlungen erhalten Jugendliche ein volles Mitsprache- und Antragsrecht. Die hierfür notwendigen Änderungen in der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie in den Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise werden umgehend vorbereitet.

#### **Begründung:**

Jugendbeteiligung bedeutet, dass Jugendliche aktiv und verbindlich an der Gestaltung ihrer Gegenwart und Zukunft beteiligt werden. Junge Menschen wollen an Entscheidungen und Planungen teilhaben und mitwirken, die ihr eigenes Leben und das der Gemeinschaft betreffen. Kern der repräsentativen Demokratie ist das Recht, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen. In Bayern wird dieses Recht derzeit bis zum 18. Lebensjahr verwehrt. Jugendliche und ihre Verbände fordern bereits seit langem mehr politische Rechte für junge Menschen. Damit Jugendliche als Handelnde in politischen Prozessen ernst genommen werden, benötigen sie einklagbare Rechte. Jugendliche wollen echte Beteiligungs- und Mitwirkungsmög-

lichkeiten. Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre wäre ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Demokratie ist kein Selbstläufer, wir müssen etwas für sie tun. Um Demokratie mit Leben zu füllen, braucht es eine starke Jugendpolitik. Gerade in Zeiten eines erstarkenden Populismus und eines wachsenden Rechtsextremismus, muss das politische Interesse und das politische Engagement junger Menschen gestärkt werden. Die politische Beteiligung Jugendlicher fördert das politische Interesse junger Menschen und ist so auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Mangelnde Teilhabechancen und das Gefühl nicht ernst genommen zu werden, stärken umgekehrt die Politikverdrossenheit und führen zu negativen Einstellungen gegenüber dem gesamten politischen System.

Jugendpolitik ist in erster Linie Beteiligungspolitik. Die wichtigste Form der politischen Teilhabe in Demokratien ist das Wahlrecht. Zu einer zukunftsorientierten Beteiligungspolitik gehört deshalb die Absenkung des Wahlalters. Wir wollen als ersten Schritt ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei allen Landtags- und Kommunalwahlen in Bayern durchsetzen. In vier Bundesländern – Bremen, Hamburg, Brandenburg und Schleswig-Holstein – gibt es bereits ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene. Sogar in acht Bundesländern ist für 16-Jährige eine aktive Teilnahme an Kommunalwahlen möglich. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv. Es ist also an der Zeit, noch rechtzeitig vor den kommenden Wahlterminen die notwendigen Änderungen im Landeswahlgesetz und in den kommunalen Wahlgesetzen vorzunehmen.

Jugendpolitik fängt in der Gemeinde an. Sie ist eine kommunale Pflicht- und Gestaltungsaufgabe. Auf der Ebene der Kommune können Modelle für eine konkrete Partizipation erprobt werden, dies reicht von einer Mitsprache in Einwohner- und Bürgerversammlungen, über die Beteiligung an Volks- und Bürgerentscheiden, bis hin zu Jugendparlamenten und Jugendbeiräten. Das Recht auf Teilhabe und das Recht zu Wählen steigern das politische Interesse junger Menschen. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und aus Österreich. Dort ist es gelungen, mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre den Anteil der politisch interessierten Jugendlichen nahezu zu verdoppeln. Diesen positiven Trend zur Politisierung der jungen Generation gilt es zu stabilisieren und zu verstärken.